

# Sozialismus.de

Heft 10-2026 | EUR 9,00 | C 12232

Monatlich Hintergründe, Analysen und Kommentare | täglich im Netz



**Redaktion Sozialismus.de:**  
Der Konflikt um Volkswagen  
**Witich Roßmann:** AfD-Kritik  
auf der Höhe der Zeit

**Beiträge u.a. von**  
Stephanie Odenwald, Jeff Buttler,  
Klaus Kohlmeyer, Paul Wellsow,  
Klaus Bullan, Friedrich Steinfeld,  
Bernhard Sander, Alban Werner,  
Claus-Jürgen Göpfert



**Forum  
Gewerkschaften**

**Berlin**  
**bezahlbar**  
**machen**

**Die Linke**



Diesen Artikel stellen wir ohne Berechnung zum Kennenlernen und für die  
Bildungsarbeit zur Verfügung. Das Publikationsprojekt, zu dem die Website  
[www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de), mit aktuellen Analysen gehört, braucht dringend  
Unterstützung, also neue Abonnent\*innen und **Spenden**.  
Beides ist auf der Website möglich.  
Vielen Dank im voraus!

# Aktuelle Analysen ohne Paywall

veröffentlicht die Redaktion  
zwischen den monatlichen  
Printausgaben im Netz auf  
**www.Sozialismus.de**

## Niederlande: Haushaltseini- gung oder Regierungssturz?

In den Niederlanden regiert seit dem  
vergangenen Jahr eine Minderheits-  
regierung von Rechts- und Linkslibe-  
ralen mit Rob Jetten als Regierung-  
schef, deren einziges Ziel es war, die  
fusionierten Grünen und Sozialde-  
mokraten von der Macht fernzuhal-  
ten. [...]

## Streit ums Wohnen in Berlin

Private Bestandswohnungen öffent-  
lich erwerben – sei es der Erwerb  
durch Kauf oder aber der durch Ver-  
gesellschaftung oder Enteignung?  
Auch darum wird es bei den Sondie-  
rungen und Verhandlungen zwischen  
den drei Parteien Die Linke, SPD und  
Grünen gehen. [...]

## Politischer Richtungswechsel in Schweden

In Schweden wurden die politischen  
Kräfteverhältnisse neu bestimmt. Die  
Wahl war eine Richtungsentschei-  
dung für das Land und läuft auf eine  
Ablösung des Mitte-Rechts-Blocks  
des bisherigen Ministerpräsidenten  
Ulf Kristersson (Moderate) hinaus.  
Neue Ministerpräsidentin könnte die  
Sozialdemokratin Magdalena An-  
dersson werden. [...]

## Dafür brauchen wir Unterstützung!

Wie Abonnent:innen und  
Leser:innen das konkret machen  
könnten, steht ebenfalls unter  
**www.Sozialismus.de**

Heft Nr. 10 | Oktober 2026 | 53. Jahrgang | Heft Nr. 520

## Krise der Berliner Republik?

|                                                                                                                                       |    |
|---------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Redaktion Sozialismus.de: Die rote Elif auf dem Weg ins Rote Rathaus?<br>Berlin als politisches Labor .....                           | 2  |
| Stephanie Odenwald/Jeffrey Butler/Klaus Kohlmeyer:<br>Stolpersteine auf dem Weg zu einer Linksregierung .....                         | 8  |
| Redaktion Sozialismus.de: Rot-Rot + Grün in Meck-Pom ist möglich<br>AfD wird stärkste Partei, die CDU scheitert an der 5%-Hürde ..... | 10 |
| Paul Wellsow: Ende der politischen Ordnung der BRD?<br>Die Landtagswahlen des Herbstes waren eine Zäsur .....                         | 14 |
| Joachim Bischoff/Bernhard Müller/Gerd Siebecke:<br>Warum Teile der Lohnabhängigen Rechtspopulisten folgen .....                       | 18 |

## Armuts- und Bildungsschocks

|                                                                                       |    |
|---------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Joachim Rock: Armut? Abschaffen!<br>Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen ..... | 23 |
| Klaus Bullan: Bildung auf historischem Tiefstand!<br>Die PISA-Studie 2025 .....       | 27 |
| Michael Brie: Der PISA-China-Schock 2.0 .....                                         | 33 |

## Weichenstellungen

|                                                                                                                                |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Friedrich Steinfeld: Wind of change?<br>Israel vor Parlamentswahlen .....                                                      | 35 |
| Bernhard Sander: Ganz großes Tennis im Wahlkampf<br>Programmdebatten im Vorfeld der Präsidentschaftswahlen in Frankreich ..... | 41 |
| Wolfgang Müller: Unterdrückung der Minderheiten?<br>Chinas Gesetz über ethnische Einheit .....                                 | 46 |

## Forum Gewerkschaften

|                                                                                                                                                     |    |
|-----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Redaktion Sozialismus.de: »Vorstände versagen, Beschäftigte sollen zahlen?«<br>Die Lage der Automobilindustrie und der Konflikt um Volkswagen ..... | 50 |
| Witich Roßmann: Das kalte Herz der AfD<br>Für eine Kritik der Rechtspartei auf der Höhe der Zeit .....                                              | 55 |

## Transformationsdebatte | Nachruf | Buchbesprechung

|                                                                                                                                      |    |
|--------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|----|
| Alban Werner:: Beweislasten des Sozialismus<br>Zur Frage der Gesellschaftstransformation in der linken Programmdebatte .....         | 58 |
| Claus-Jürgen Göpfert: Der Preis der Macht. Vom jungen Sozialisten<br>zum alten Christdemokraten – zum Tod von Felix Semmelroth. .... | 63 |
| Kai Eicker-Wolf: Ewiges Wachstum durch technische Innovationen?<br>(Zu M. Heine/H. Herr: Fata Morgana: Ewiges Wachstum) .....        | 66 |

## Impressum | Veranstaltungen | Film

|                                                |    |
|------------------------------------------------|----|
| Impressum .....                                | 65 |
| Veranstaltungshinweise .....                   | 68 |
| Klaus Schneider: Bad Apples (Filmkritik) ..... | 69 |

# Wind of change?

Israel vor Parlamentswahlen

von ■ Friedrich Steinfeld

In Israel wird laut Beschluss der Knesset am 27. Oktober ein neues Parlament gewählt. Die rechts-extreme Regierung unter Benjamin Netanjahu hat es damit geschafft, was in Israel seit 1988 keiner anderen gelang: eine ganze Legislaturperiode zu überstehen. Meinungsumfragen zeigen aber seit Längerem eine steigende Unzufriedenheit mit dieser Regierung.

Die Gründe dafür sind vielfältig. Sie hängen mit den wachsenden Widersprüchen in der ökonomisch-sozialen Entwicklung Israels, aber auch mit dem andauernden Kriegszustand und mit wachsenden innenpolitischen Konflikten zusammen. Die entscheidenden Fragen lauten:

- Wie hoch sind die Chancen für eine Abwahl der Regierung Netanjahu?
- Inwieweit ist überhaupt ein fundamentaler Wandel in der israelischen Innen- und Außenpolitik denkbar?

Betrachten wir zunächst die wirtschaftliche und soziale Lage in Israel.

## Wirtschaftliche Stärke und Krieg – wie geht das zusammen?

Krise? Welche Krise? – So könnte man meinen. Israel taumelt seit fast drei Jahren von einem bewaffneten Konflikt in den nächsten. Die Börse boomt trotzdem, die Landeswährung ist so stark wie seit Jahren nicht und die Wirtschaft wächst schneller als die der meisten westlichen Länder.

Fragt man den Ökonomen Zvi Eckstein, hat der israelische Höhenflug vor allem einen Grund: den Hightech-Sektor.<sup>1</sup> Dieser helfe dabei, das Land auch in diesen Krisenzeiten zu stützen. Meta oder Nvidia hätten ihre Investitionen während des Krieges sogar ausgeweitet. Ein bedeutsamer Unterschied zu den

*Friedrich Steinfeld arbeitet mit in der Sozialistischen Studiengruppe (SOST), er schrieb zuletzt gemeinsam mit Joachim Bischoff in Heft 5-2026 zu »Der Angriffskrieg gegen Iran und die Folgen im US-Interregnum. Und die Rolle der israelischen Rechtsregierung im Nahen Osten«.*



entwickelten kapitalistischen Ländern kommt hierbei zum Tragen: »Wirtschaftlich unterscheidet sich Israel von vielen europäischen Staaten. Das Land besitzt eine enorme technologische Dynamik. Die Start-up-Kultur ist legendär. Innovation wird nicht nur wirtschaftlich gefördert, sondern kulturell bewundert. Scheitern gilt weniger als Makel denn als Erfahrung. Diese Mentalität erzeugt eine Atmosphäre permanenter Aktivität und einen beinahe improvisatorischen Zukunftsoptimismus. Hinzu kommt etwas, was in vielen entwickelten kapitalistischen Gesellschaften offenbar zunehmend verlorengeht: ein Gefühl kollektiver Bedeutung. Israeli empfinden ihr Land bei allen inneren Konflikten als gemeinsames historisches Projekt. Diese emotionale Aufladung schafft Sinn. Und Sinn wiederum ist ein zentraler Faktor für Lebenszufriedenheit.«<sup>2</sup>

Das »gemeinsame historische Projekt«, das hier beschrieben wird, besteht in einer Gesellschaft, in der moderne kapitalistische Rationalität mit in vorbürgerlichen Epochen entstandenen Elementen jüdischer Gemeinschaft, Kultur und Religion verquickt sind. Diese Verschränkung verleiht der kapitalistischen Wirtschaft in Israel offenbar enorme Innovationskraft. Die archaischen Faktoren liefern hier den Kitt, den entwickelte kapitalistische Gesellschaften normalerweise längst verloren haben. Auf die Kehrseiten dieses spezifisch historischen Projektes werden wir später noch genauer eingehen.

Die Produkte der Start-ups und der Konzerne der Digitalwirtschaft machen inzwischen rund 57% der israelischen Exporte aus und bringen auch viele Investitionen ins Land: 2025 verzeichnete Israel die beiden größten Auslandsinvestitionen seiner Geschichte, beide im Bereich Cybersicherheit. Google kaufte das Unternehmen Wiz für 32 Mrd. US-Dollar, Palo Alto Networks übernahm Cyber-Ark für 25 Mrd. US-Dollar. Auch der Staat profitiert von der Digitalwirtschaft. Rund 30% der Steuereinnahmen stammen laut Eckstein inzwischen direkt oder indirekt aus dem Technologiesektor.

Aber auch die klassische Industrie ist gut ausgelastet, insbesondere der Rüstungssektor, dessen Produkte sind kriegserprobt und zukunftsweisend für die moderne Kriegsführung.

»Viele europäische Länder haben bei unseren drei großen Rüstungsunternehmen Rafael, IAI und Elbit Bestellungen aufgegeben«, so Eckstein. Und für insgesamt 6,5 Mrd. US-Dollar liefert das israelische Unternehmen das (in Kooperation mit den USA) entwickelte Raketenabwehrsystem Arrow an die Bundeswehr. Es ist der größte Rüstungsexportvertrag in der Geschichte Israels.

Andererseits drückt der dauerhafte Ausnahmezustand auf das Wachstum. »Jedes Jahr fehlen etwa anderthalb bis zwei Prozentpunkte«, so Eckstein. Die israelische Zentralbank musste ihr Wachstumsziel für das laufende Jahr nach unten korrigieren. Noch immer fehlen Zehntausende Reservist\*innen auf dem Arbeitsmarkt. In der Bauindustrie fehlen nach wie vor die palästinensischen Arbeiter\*innen. Die Arbeitslosenquote liegt bei ca. 3%. Viele kleine und mittlere Unternehmen ringen um ihre Existenz. Mit dem Tourismus kämpft inzwischen eine ganze Branche ums Überleben. Internationale Gäste kommen kaum noch ins Land. Im März und April – eigentlich die umsatzstärksten Wochen des Jahres – brach der Konsum ein. Die Zentralbank geht trotz allem noch von einem Plus von 3,8% Wachstum aus. Zum Vergleich: Für die EU wird ein Wachstum von 1,3% erwartet, unter den OECD-Industrieländern stünde Israel an zweiter Stelle.

## Militärausgaben fast verdoppelt

Die direkten Kriegskosten liegen, so Eckstein, bei umgerechnet rund 140 Mrd. US-Dollar seit 2023, darin enthalten nicht nur Militärausgaben, sondern auch zerstörte Gebäude, Entschädigungen und Sachschäden. Der Staat habe die Verteidigungsausgaben wegen des Krieges um etwa vier Prozentpunkte des Bruttoinlandsprodukts (BIP) erhöht. Vor dem 7. Oktober lagen die regulären Militärausgaben bei knapp 5% der Wirtschaftsleistung, inzwischen bei 8% bis 9%. Historisch sei das dennoch kein Extremfall. Während des Jom-Kippur-Krieges hätten die Verteidigungsausgaben zeitweise ein Viertel des Bruttoinlandsprodukts erreicht. »Israels Wirtschaft ist heute schlicht wesentlich größer und leistungsfähiger.«<sup>3</sup>

PROKLA

# PROKLA.

## ZEITSCHRIFT FÜR KRITISCHE SOZIALWISSENSCHAFT

**Schwerpunktt Themen**

- Nr. 216: Widersprüche »grüner« industrieller Transformation (3/2024)
- Nr. 217: Mythos der Maschine? Künstliche Intelligenz und Gesellschaftskritik (4/2024)
- Nr. 218: Surplus Societies – Überflüssige im Gegenwarts-kapitalismus? (1/2025)

**Probeheft anfordern!**

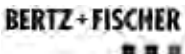
PROKLA | [redaktion@prokla.de](mailto:redaktion@prokla.de) | [www.prokla.de](http://www.prokla.de)  
Bertz + Fischer | [prokla@bertz-fischer.de](mailto:prokla@bertz-fischer.de) | [www.bertz-fischer.de](http://www.bertz-fischer.de)



Jetzt auch im  
**Digital- und  
Sozial-Abo\***  
ab 29,- Euro im Jahr  
\*und im Förder-Abo!

- Nr. 219: Sozial-ökologische Bewegungen im Spannungsfeld von Staat und Demokratie (2/2025)
- Nr. 220: Arbeit. Raum. Kämpfe. (3/2025)
- Nr. 221: Politische Ökonomie des Fußballs (4/2025)
- Nr. 222: Modern Times: Emanzipation – Macht – Technik (1/2026)
- Nr. 223: Kritik der Geoökonomie (2/2026)
- **Nr. 224: Kämpfe ums Recht (3/2026)**

**Einzelheft:**  
ca. 192 S., 15,- [D] / 15,40 [A]



Auch wenn hohe Ausgaben bei verringerter Wirtschaftsleistung zu neuen Schulden führen, liegt die Staatsverschuldung mit rund 70% des BIP niedriger als in vielen europäischen Staaten oder den USA (ca. 125%). Auch könne der israelische Staat seine Schulden problemlos finanzieren. »Die Zinsen auf israelische Staatsanleihen sind niedrig. Das zeigt, dass die Märkte Israel weiterhin vertrauen. Die Inflation liegt bei ca. 3%. Die Rally an der Börse sieht Eckstein dagegen skeptisch.

## Lebenshaltungskosten auf Rekordhoch, steigende Abwanderung von Qualifizierten, soziale Spaltung

Das durchschnittliche Haushaltseinkommen liegt laut Zentralem Statistikamt in Israel bei monatlich 26.330 Schekel, das sind umgerechnet 7.500 Euro brutto und knapp 6.200 Euro netto.<sup>4</sup> Andererseits wird das Leben in Israel durch hohe Kosten belastet: Israel gehört mittlerweile zu den teuersten Ländern der Welt. Laut der Ökonomin am Aaron Institute for Economic Policy, Sarit Menahem-Carmi, sind selbst gegenüber reichen Staaten wie Österreich oder Dänemark Waren und Dienstleistungen in Israel 21% teurer – gegenüber Ländern wie Spanien oder Italien sogar 68%. Die Haupttreiber sind Wohnen und Lebensmittel – zusammen machen sie fast die Hälfte der durchschnittlichen Haushaltsausgaben aus. Noch vor 20 Jahren waren beide Kategorien in Israel günstiger als in Westeuropa.<sup>5</sup>

Seit der Staatsgründung sind insgesamt rund 3,51 Mio. Menschen eingewandert. Laut den neuen, vom Zentralen Statistikamt veröffentlichten Bevölkerungszahlen leben derzeit 10.305 Mio. Menschen in Israel. Davon sind 78,3% Juden und Angehörige anderer Religionen, 21,7% sind Araber.<sup>6</sup> Obwohl die israelische Bevölkerung entgegen der allgemeinen Tendenz in den entwickelten kapitalistischen Ländern wächst (doppelt so hohe Geburtenrate wie der OECD-Durchschnitt), bereitet die inzwischen negative Einwanderungsbilanz Sorgen. Seit 2023 wanderten jedes Jahr mehr als 80.000 Israeli aus, doppelt so viele wie in den Jahren zuvor, und zwar gerade gut ausgebildete Fachkräfte – Ingenieure, Programmierer, Unternehmer, aber auch Ärzte, weil sie im Unterschied zu Geringqualifizierten auch in anderen Ländern gute Arbeitsmarktchancen haben. Grund dafür ist neben den hohen Lebenshaltungskosten der permanente Ausnahmezustand. Das gefährdet ausgerechnet jene Säule, auf der Israels Wirtschaftskraft ruht: den High-tech-Sektor. Wenn die leistungsstärksten Menschen Israel verlassen, so Menahem-Carmi, »ist das ein enormes Risiko für den Wohlstand im Land«.

Auch in Israel gibt es Armut. Rund zwei Mio. Menschen leben in Israel unterhalb der Armutsgrenze – darunter etwa 880.000 Kinder. Das geht aus dem aktuellen Armutsbericht der Bituach Leumi (Israelische Sozialversicherungsanstalt) hervor. Damit gelten rund 20% der Gesamtbevölkerung und 28% aller Kinder als arm. Im internationalen Vergleich ist die Situation besonders alarmierend: Unter den OECD-Staaten weist Israel die höchste Kinderarmutsquote auf. Der Bericht zeigt große regionale Unterschiede. Während in Tel Aviv und im Zentrum des Landes vergleichsweise niedrige Armutsquoten von 14 bis 15% verzeichnet werden, sind die Raten im Norden und Süden mit 21 bis 22% deutlich höher. Besonders prekär ist die Lage im Be-

zirk Jerusalem, wo 36,5% der Bevölkerung in Armut lebt. Die ärmste Stadt des Landes ist die ultraorthodoxe, in der Westbank gelegene Stadt Modi'in Illit mit einer Armutsquote von 48,2%. Ausschlaggebend für das Gefälle ist vor allem die Zusammensetzung der Bevölkerung: In ultraorthodoxen und arabischen Gemeinden ist Armut deutlich mehr verbreitet. Während in der nicht-ultraorthodoxen jüdischen Bevölkerung rund 11% unter der Armutsgrenze leben, liegt der Anteil in der ultraorthodoxen Bevölkerung bei 32,8%, in der arabischen bei 37,6%.

Zvika Cohen, amtierender Generaldirektor der Bituach Leumi, wies in einer Stellungnahme darauf hin, dass der Krieg und die gestiegenen Lebenshaltungskosten der letzten Jahre das Problem zwar verschärft, jedoch nicht verursacht hätten. »Ohne gezielte Investitionen in Kinder, junge Familien und soziale Dienste wird die Armut in Israel weiterhin von Generation zu Generation weitergegeben«, mahnte Cohen.

Die Sozialversicherungsanstalt weist zudem auf wachsende soziale Ungleichheit hin: Israel rutschte im Gini-Index der OECD, der Einkommensunterschiede misst, um drei Plätze auf Rang sieben von unten ab. Die stellvertretende NII-Direktorin Nitsa Kisar ergänzte laut »Times of Israel«, dass eine funktionierende soziale Absicherung, bessere Bildung, ausreichende Löhne und Investitionen in Beschäftigung entscheidend seien, um die sozialen Unterschiede zu verringern und die Gesellschaft zu reformieren.

## Der Mythos »Super-Sparta«

Israel funktioniert anders als viele westliche Individualgesellschaften: »Das Land besitzt eine fast archaisch wirkende Dichte sozialer Bindungen. Familien sind nicht bloß Verwandtschaftsverhältnisse, sondern ein permanentes Betriebssystem des Alltags. Eltern, Kinder, Tanten – sie telefonieren ständig miteinander, essen gemeinsam, streiten laut und organisieren das Leben kollektiv. Während in vielen europäischen Großstädten Menschen kaum mit ihren Nachbarn sprechen, wird in Israel noch diskutiert, geschrien und geholfen. Sozialwissenschaftler sprechen von »sozialem Kapital«. Hinzu kommt eine bemerkenswerte Kultur gegenseitiger Verantwortung. Das beginnt bereits im Militärdienst, den ein Großteil der jungen Bevölkerung absolviert. Wer gemeinsam Krisen erlebt, entwickelt Bindungen, die tiefer reichen als lockere Bekanntschaften aus dem Büro oder dem Fitnessstudio. Die meisten Israeli wissen, dass sie sich im Ernstfall auf andere verlassen müssen. Das erzeugt statt Stress paradoxerweise vor allem Vertrauen. Die Gesellschaft ist dadurch emotional dicht verdrahtet.«<sup>7</sup>

Lange verließen sich die Israeli auf ihre militärischen Fähigkeiten. Der terroristische Großangriff der Hamas am 7. Oktober 2023 stellt deshalb neben den 1.200 Toten und 250 Geiseln

<sup>1</sup> Siehe »Boom trotz Bomben: Israels Wirtschaft wächst kräftig, das Land zahlt aber einen hohen Preis«, in: Neue Zürcher Zeitung vom 9.5.2026, online

<sup>2</sup> Ebd.

<sup>3</sup> Ebd.

<sup>4</sup> Siehe Jüdische Allgemeine vom 11.9.2026.

<sup>5</sup> Siehe Neue Zürcher Zeitung vom 9.5.2026 (Anm. 1).

<sup>6</sup> Siehe Jüdische Allgemeine vom 11.9.2026.

<sup>7</sup> »Die Israeli leiden unter Krieg und Terror. Trotzdem sind sie glücklich. Wieso nur?«, in: Neue Zürcher Zeitung vom 22.5.2026.

auch eine Demütigung für einen Sicherheitsapparat dar, der sich viel auf seine Effizienz eingebildet hatte.

Als Israel gemeinsam mit den USA den Iran völkerrechtswidrig angriff, konnte Netanjahu auf große Unterstützung in der Bevölkerung zählen. Die Hoffnung vieler, dass danach endlich Ruhe einkehren werde, war illusionär. Weder im Krieg gegen den Iran, noch in Gaza, noch im Libanon sind nachhaltige friedenssichernde Prozesse in Sicht. Bei vielen Israeli macht sich Erschöpfung breit, manche fürchten einen »ewigen Krieg«. Der von Netanjahu beschworene Mythos, Israel sei ein »Super-Sparta«, ist faktisch an der Realität zerschellt.

Hinzu kommt der Unmut in der israelischen Bevölkerung über die von den Ultra-Orthodoxen nach wie vor beanspruchten Privilegien wie die Befreiung von der Wehrpflicht. Dies betrifft ca. 72.000 junge Männer. Dieser Konflikt schwelt schon lange, spitzt sich aber mit andauerndem Kriegszustand weiter zu.

Auf der einen Seite steht eine zunehmende Radikalisierung religiös-nationalistischer Strömungen in Israel, insbesondere sichtbar in der explodierenden Gewalt extremistischer Siedler im Westjordanland. Auf der anderen Seite verweigern Teile der ultraorthodoxen Gemeinschaft die Beteiligung an Staat und Militärdienst, nehmen ihn aber zugleich materiell für ihre Zwecke in Anspruch, z.B. die Subventionierung des Tora-Studiums.

Die derzeitige Gesetzeslage ist (auch nach dem jüngsten Urteil des Obersten Gerichtes) eindeutig. Die Wehrpflicht gilt grundsätzlich für alle israelischen Staatsbürger\*innen. Beinahe im Wochentakt demonstrieren Ultraorthodoxe in jüngster Zeit gegen die Einberufung ihrer jungen Männer, die an religiösen Schulen dem Tora-Studium nachgehen. Sie blockierten Autobahnen, stoppten Züge, lieferten sich Straßenschlachten mit der Polizei und attackierten Richter und andere Justizvertreter. Mit einem von der Knesset Mitte Juli verabschiedeten Gesetz, das ultraorthodoxe Wehrdienstverweigerer vorerst vor Strafverfolgung schützt, steht Netanjahu in einer langen israelischen Tradition. Als Gegenleistung für ihre Anerkennung des jungen Staates gewährte bereits Staatsgründer Ben-Gurion den Tora-Studenten eine Befreiung vom Wehrdienst. Dieses historische Faktum macht deutlich, dass auf der religiösen Seite seit je nicht die Gemäßigten, sondern die besonders strengen orthodoxen Kräfte den Takt vorgeben.

Die Ignoranz der Regierung Netanjahu gegenüber der Gesetzeslage ist nicht überraschend. Sie bekämpft die Justiz seit Jahren, was gleich nach Antritt der jetzigen Regierung mit der sogenannten Justizreform begann, wodurch die Regierung die Gewaltenteilung innerhalb des israelischen Staates auszuhebeln versucht. Dies löste in der israelischen Gesellschaft starke Massenproteste aus. Im Kern geht es um das Verhältnis von Religion und Staat.

## Mögliche Patt-Situation

Einer neuen Fernsehumfrage zufolge<sup>8</sup> liegen das Lager von Ministerpräsident Benjamin Netanjahu und der oppositionelle Block inzwischen gleichauf. Beide Seiten kämen demnach auf jeweils 53 Sitze in der Knesset – und damit acht Mandate unterhalb der für eine Regierungsmehrheit notwendigen Marke von 61. Die Likud-Partei von Netanjahu käme auf 21 Sitze.

Innerhalb des oppositionellen Blocks konnte die Jaschar-Partei stark an Zuspruch gewinnen, für die der ehemalige Generalstabschef Gadi Eizenkot kandidiert (Prognose: 22 Sitze). Eizenkot äußerte im Januar 2024, damals noch Mitglied des Kriegskabinetts, öffentlich scharfe Kritik an Netanjahu. Dieser, so Eizenkot, trage die Verantwortung dafür, dass Israel den Angriff der Hamas am 7. Oktober 2023 nicht abgewehrt habe. Die Ziele des von Israel im Gazastreifen geführten Krieges seien nicht erreicht; eine totale Vernichtung der Hamas sei nicht erreichbar.

Eizenkot gilt politisch als eher gemäßigt. Er hat sich gegen eine israelische Wiederbesiedlung des Gazastreifens gestellt, die Zweistaaten-Lösung aber nach dem 7. Oktober als »irrelevant« bezeichnet. Eizenkot hatte sich nach Medienberichten in der Vergangenheit auch gegen einen israelischen Militärschlag gegen iranische Atomanlagen ausgesprochen. Demnach sei ein solches Vorgehen nur dann denkbar, wenn Israel von Teheran unmittelbar existenziell bedroht werde. Eizenkot gilt als Verfechter der demokratischen Prinzipien in Israel.

Einer seiner Mitbewerber, Naftali Bennett, von der Partei »Die Neue Rechte« bekleidete vom Juni 2021 bis Juni 2022 das Amt des israelischen Ministerpräsidenten und war zugleich Minister für Gemeinschaft im Kabinett Bennett-Lapid, das als »Regierung des Wandels« nach nur 18 Monaten scheiterte. Bennett gilt international zwar als moderater Gegenpol zu Netanjahu, tatsächlich steht er aber in zentralen Fragen teilweise noch weiter rechts als dieser. Er lehnt einen palästinensischen Staat wie die Aufgabe israelischer Siedlungen kategorisch ab. Er befürwortet die Annexion großer Teile des Westjordanlandes und begründet dies mit einer israelischen Wiedervereinigung: »Ich bete zu Gott, gib mir die Kraft, ganz Israel zu vereinen und Israels jüdische Seele wiederherzustellen.«

Bennett bildet zusammen mit Yair Lapid von der Partei Jesch Atid das gemeinsame politische Projekt B'Yachad, das in den Umfragen aber deutlich gegenüber Eizenkots Partei und Likud zurückliegt (Prognose: 12 Sitze). Lapid verkörpert für viele säkulare, liberale Israeli die Hoffnung auf das Israel von früher: weniger ideologisch, institutionell stabiler, international anschlussfähiger. Aber genau diese Milieus schrumpfen seit Jahren. Lapid hatte sich in der Vergangenheit für die Zweistaaten-Lösung ausgesprochen, hält diese aber seit dem terroristischen Großangriff der Hamas für unwahrscheinlich. Nach dem Schock des Massakers liege die Beweislast bei den Palästinenser\*innen. Sie müssten zeigen, dass sie keine Zerstörung Israels anstrebten. Nach dem Scheitern des Kabinetts Bennett/Lapid beteiligte er sich an den Protesten gegen die geplante Justizreform und warnte vor einer »dunklen Diktatur«.

Die vor allem von arabischen Parteien getragene Gemeinsame Liste konnte zulegen und wird inzwischen mit neun Mandaten prognostiziert. Die gesamte arabische Parteienlandschaft liegt derzeit bei 14 prognostizierten Sitzen und könnte eine entscheidende Rolle bei der Regierungsbildung spielen.

Zwei Parteien aus dem rechten Lager konnten in der aktuellen Erhebung erstmals die erforderliche Prozenzhürde überspringen (Prognose: insgesamt 10 Sitze).

Fazit:

■ Sollte es im Prinzip bei dieser prognostizierten Mandatsverteilung bleiben, wird eine Regierungsbildung schwierig. Ei-

zenkot wäre dazu auf zur Koalition bereite arabische Parteien angewiesen. Die arabischen Parteien sehen viele Israeli aber als illegitime Koalitionspartner.

■ Während sich in der Innenpolitik durchaus deutliche Unterschiede der Oppositionsparteien zur Regierung Netanjahu zeigen und in der Behandlung der Palästinenser\*innen auch moderatere Formen denkbar sind, sind die Oppositionsparteien mit der Regierung Netanjahu in der Ablehnung der Zweistaaten-Lösung einig.

■ Von einer Patt-Situation könnte Netanjahu am meisten profitieren, denn dann könnte er geschäftsführend weiter im Amt bleiben.

Worin gründet der offenkundige Mangel an substantiellen außenpolitischen Alternativen in der israelischen Politik?

## »Freier Fall in den Abgrund«

Gemäß Umfragen bezeichnen sich weniger als 15% der Israeli politisch als links. Ein Linker ist in Israel seit etwa zehn Jahren fast schon ein Schimpfwort. »In den neunziger Jahren hat die Linke ihr sozioökonomisches Profil verloren, als sich das ganze Land einer neoliberalen Marktwirtschaft zuwandte. Danach kam ihr auch die palästinensische Frage abhandeln. Auch in diesem Wahlkampf ist das Thema praktisch abwesend.«<sup>9</sup> Sozio-ökonomische Themen spielen im Wahlkampf keine Rolle.

Der demografische und politische Trend in Israel verläuft zugunsten konservativer und ultra-religiöser, nationalistischer Gruppen. Als der am längsten amtierende Ministerpräsident Israels hat Netanjahu diese Entwicklung politisch kanalisiert und das politische Koordinatenkreuz Israels immer weiter nach rechts (extrem) verschoben.

Dem Rechtstrend unterliegt ein langjähriger Wandel im israelischen Gesellschaftsbewusstsein, den der israelische Historiker und Antisemitismusforscher Moshe Zimmermann letztlich auf den Sechstagekrieg in 1967 zurückführt, weil dieser Israel in die neue Rolle einer Besatzungsmacht in den eroberten Gebieten brachte (West-Jordanland; Gaza sowie Ost-Jeru-

salem und die Golanhöhen, die beiden letzteren wurden inzwischen annektiert; die ebenfalls eroberte Sinai-Halbinsel wurde 1982 Rahmen eines Friedensvertrages an Ägypten zurückgegeben). »Bei einer Gesellschaft, die sich ansonsten in einem Prozess der Entsäkularisierung befand, ließ die Eroberung dieser Gebiete eine messianische Romantik entstehen, die nicht nur irrational war, sondern auch die Demokratie in der Besatzungsmacht unterwanderte [...] Wenn man den Palästinensern in den besetzten Gebieten keine Gleichheit und keine Freiheit gewährt, wenn man jenseits der »grünen Linie« eine Parallelgesellschaft von jüdischen Siedlern mit Sonderrechten zulässt (d.h. ein Apartheidssystem), ist es nur eine Frage der Zeit, bis man ähnliche Kriterien auch im Kernland Israel anwendet.«<sup>10</sup> Grundsätzlich existieren laut Zimmermann zwei Möglichkeiten, eine jüdische Mehrheit in einem jüdischen Staat zu garantieren: »1. Rückzug aus den besetzten Gebieten, um wie zuvor in Israel als einem Staat mit jüdischer Mehrheit zu leben und so sowohl den jüdischen als auch den demokratischen Charakter des Staates zu retten, oder 2. das Westjordanland und Gaza annektieren und im Gesamtgebiet Palästina einen jüdischen Staat mit einer jüdischen Mehrheit schaffen. Im Klartext: Entweder leben die Palästinenser ohne Wahlrecht, oder sie werden vertrieben [...] Die Praxis der israelischen Politik, die schrittweise Vertreibung der Palästinenser, die sich mit Beginn des Gaza-Krieges beschleunigte, zeigt, welche Dynamik die zweite Alternative entwickelt und wie das Volk darauf reagiert, nämlich mit Zustimmung oder Verdrängung.«<sup>11</sup>

Der Terror des 7. Oktober 2023 hat viele Traumata in der israelischen Gesellschaft hinterlassen und die Ablehnung einer Zwei-Staaten-Lösung befördert. Ein Umdenken in Richtung konstruktiver Lösungsmöglichkeiten der sich in zahlrei-

<sup>8</sup> Siehe Jüdische Allgemeine vom 19.9.2026.

<sup>9</sup> Ofer Kenig, Politikprofessor am Israel Democracy Institute, im Interview mit der Neuen Zürcher Zeitung vom 24.9.2026.

<sup>10</sup> Moshe Zimmermann, People gone mad, Wie die Demokratie sich selbst zerstört, Berlin 2026, S. 152.

<sup>11</sup> Ebd., S. 153.

## VSA: Armut? Abschaffen!

Im Buchhandel oder direkt bei:  
VSA: Verlag, St. Georgs Kirchhof 6,  
20099 Hamburg, [info@vsa-verlag.de](mailto:info@vsa-verlag.de)  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)



Joachim Rock  
**Armut? Abschaffen!**

Warum wir sie nicht länger hinnehmen müssen  
Fakten, Hintergründe, Vorschläge  
176 Seiten | € 16,80  
ISBN 978-3-96488-249-3

Armut ist mitten unter uns, sie wächst und die Armen werden immer ärmer. In einem der reichsten Länder der Welt ist sie für immer mehr Menschen ein riesiges Problem. Um das zu ändern, müssen die Fakten ungeschminkt auf den Tisch. Eine Gesellschaft frei von Armut ist möglich und dringend erforderlich. Joachim Rock liefert Fakten, klärt Zusammenhänge auf und macht konkrete Alternativen deutlich.

chen Kriegen historisch immer weiter zuspitzenden Eskalation im Konflikt mit den Palästinenser\*innen ist nicht erkennbar. Deren Leid mit über 70.000 Toten und über 170.000 Verletzten allein im Gaza-Krieg wird entweder verdrängt oder mit dem Narrativ von der »berechtigten Verteidigung« legitimiert. Mit dieser Logik schaukeln sich israelische Regierung und Hamas-Führung gegenseitig hoch.

Ob aber, so Zimmermanns wichtige Differenzierung, dass auch »im Volk« auf palästinensischer Seite der Prozess parallel zur israelischen Gesellschaft läuft, ist [...] zu bezweifeln.« Denn es handelt sich hierbei »nicht um die Reaktion einer in der freiheitlichen Demokratie angesiedelten Gesellschaft«. <sup>12</sup> Die »einzige Demokratie im Nahen Osten« zeigt dagegen schon vor, und vor allem kurz nach Ende des Kalten Krieges ihre Anfälligkeit für rechts-radikale Strömungen. Der Auslöser war außenpolitischer Natur – der Hass auf das Osloer Abkommen von 1993. Es folgte die »wichtige Hinwendung zur populistischen Politik der Erosion der freiheitlichen Demokratie«. <sup>13</sup>

Moshe Zimmermann kommt angesichts vieler Umfragen zu dem Schluss, dass eine absolute Mehrheit der jüdischen Israeli sich mittlerweile »für einen freien Fall in den Abgrund« <sup>14</sup> entscheidet. So kam z.B. eine vom Jerusalemer Center bestellte Umfrage im Juli 2025 zu folgenden Ergebnissen: Knapp zwei Drittel der jüdischen Israeli stimmten der Idee einer israelischen Militärverwaltung in Gaza zu, ca. 60% sind gegen die Teilnahme der palästinensischen Autonomiebehörde an der Verwaltung von Gaza und 77% gegen eine Zweistaaten-Lösung.

Trotz des von US-Präsident Trump gegen Netanjahu durchgesetzten Waffenstillstandes habe sich an der Grundhaltung der Israelis nichts geändert. »Der Ausweg über die Zwei-Staaten-Lösung oder zumindest eine vernünftige Entscheidung über die palästinensische Selbstverwaltung in den besetzten Gebieten steht nicht auf der Tagesordnung, mit oder ohne Trumps 20-Punkte-Plan. Der sich fortsetzende Kriegszustand und seine innere, irrationale Logik ließen nicht nur die Zerstörung von Gaza zu, wo auch eine ethnische Säuberung praktiziert wurde, sondern führten auch zur Verschärfung der Terroranschläge von jüdischen Siedlern gegen Palästinenser im von Israel besetzten Westjordanland und zur Beschleunigung der schleichenden Annexion dieses Gebietes.« <sup>15</sup> Dadurch sah sich die Regierung Netanjahu »in ihrer selbstmörderischen Politik bestätigt und blieb trotz Demonstrationen der Opposition und der Familien der in Gaza gequälten Geiseln fest im Sattel«. <sup>16</sup>

Nicht von ungefähr reaktiviert die Regierung Netanjahu kurz vor den Parlamentswahlen das sogenannte E1-Projekt – den Bau einer Großsiedlung – und veröffentlichte ohne Vorankündigung die Ausschreibung für die ersten ca. 1.200 (von insgesamt 3.401 geplanten) Wohneinheiten in Ost-Jerusalem und im West-Jordanland, was das Jerusalemer Stadtgebiet weit nach Osten ausdehnen und gleichzeitig das nördliche und südliche West-Jordanland faktisch trennen und damit auch das materielle Ende einer Zweistaaten-Lösung bedeuten würde.

Für viele Israeli reduziert sich Politik auf die Frage: Für oder gegen »Bibi«? Genau darin liegt die Schwäche der Opposition. Sie hat zwar einen gemeinsamen Gegner, aber keine gemeinsame Strategie, die zu substantiellen Lösungsansätzen der aufgetürmten Probleme führen können. Ihr verbindendes Element ist

vor allem der Wunsch, Netanjahu abzulösen. Eine grundsätzliche Alternative zur gegenwärtigen Regierung ist gerade im Hinblick auf die Zwei-Staaten-Lösung nicht zu erwarten.

## Geopolitische Dimension

Israel ist auch für die geopolitischen und -ökonomischen Folgen der beiden gemeinsam mit den USA durchgeführten völkerrechtswidrigen Angriffskriege gegen Iran mit verantwortlich. Netanjahus irrsinniger »Kampf bis zum absoluten Sieg« der zionistischen Idee ist auch hier an der Realität gescheitert. Israels Angriffe auf die iranischen »Proxys« haben zwar die Hamas im Gaza-Streifen und die Hisbollah im Libanon militärisch eingedämmt, aber nicht endgültig besiegt.

Mittlerweile haben die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen im Jemen ihre Herrschaft über die jemenitische Westküste ausgedehnt und eine strategisch wichtige Insel innerhalb der Meerenge zwischen dem Roten Meer und dem Golf von Aden besetzt. Damit können sie noch wirkungsvoller als bisher ihren eigenen Kampf gegen Saudi-Arabien, das der offiziellen Regierung des Jemen gegen die Huthi-Rebellen militärisch direkt beisteht, führen sowie Irans Ziele in der Blockade von Hormus unterstützen. Gleichzeitig muss Saudi-Arabien seine im Roten Meer endende Ost-West-Pipeline, die den Export zumindest eines Teils des saudischen Erdöls weiter ermöglichte, nach Beschuss durch iranentreue schiitische Milizen im Irak schließen. Weil die USA zusammen mit Israel am Golf ein Chaos hinterlassen haben, hat sich inzwischen eine neue »sunnitische Allianz« herausgebildet, bestehend aus der Türkei als Zentrum sowie Saudi-Arabien und Pakistan. Der »Mekka-Pakt« richtet sich vor allem gegen regionale Hegemoniebestrebungen von Israel und Iran.

Die komplexe Konfliktlage im Nahen und Mittleren Osten spitzt sich mit dem nicht beendeten Iran-Krieg immer weiter zu. Gleichzeitig nimmt die Unterstützung für Israel in den USA und in Europa rapide ab, vor allem wegen der Kriegsverbrechen in Gaza und der ethnischen Vertreibungen in den besetzten Gebieten. Daher wächst auch die Kritik an der Israel-Politik der Trump-Administration in den USA. Kandidat\*innen in umkämpften Wahlkreisen im Vorfeld der Zwischenwahlen im Herbst 2026 sehen sich zunehmend gezwungen, klare Positionen zur US-Israel-Politik zu beziehen.

Die Trump-Administration hat daher, am Kongress vorbei und unter Berufung auf eine Notfallbefugnis, noch schnell eine der bisher umfangreichsten Waffenlieferungen an Israel im Wert von 2,8 Mrd. US-Dollar auf den Weg gebracht: 40.000 schwere Bomben des Typs MK-84 und BLU-117 sowie 20.000 bunkerbrechende Bomben des Typs I-2000. <sup>17</sup> Bomben dieses Typs hätten ein »Gemetzel« unter der Zivilbevölkerung in Gaza angeordnet, so Tucker Carlson, ein Vertreter des MAGA-Lagers. Es bleibt zu hoffen, dass dieses frisch aufgefüllte Waffenarsenal nicht in die Hände einer neuen rechts-extremen Regierung, ob nun mit oder ohne Netanjahu, fällt.

<sup>12</sup> Ebd., S. 158.

<sup>13</sup> Ebd., S. 171.

<sup>14</sup> Ebd., S. 156.

<sup>15</sup> Ebd., S. 158.

<sup>16</sup> Ebd., S. 156..

<sup>17</sup> Siehe Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 17.9.2026.

# Probelesen

Wenn diese Probe-Lektüre Sie davon überzeugen konnte, dass Sozialismus das Richtige für Sie mit fundierten Beiträgen zu den Themen

- Berliner Republik/Linke Alternativen
- Wirtschaft & Soziales/Forum Gewerkschaften
- Internationales/Krieg & Frieden
- Buchbesprechungen/Filmkritiken
- sowie zweimonatlich einem Supplement zu

theoretischen oder historischen Grundsatzfragen ist, sollten Sie gleich ein Abo bestellen (und eines der Bücher aus dem VSA: Verlag als Prämie auswählen). Wenn Sie weitere Argumente benötigen, nehmen Sie ein Probeabo ([www.Sozialismus.de](http://www.Sozialismus.de)). Beides geht auch mit dem beigefügten Bestellschein (bitte auf eine Postkarte kleben oder faxen an 040/28 09 52 77-50)

- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum Preis von € 85,- (incl. Porto; Ausland: + € 20 Porto).  
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich abonniere Sozialismus ab Heft \_\_\_\_\_ zum verbilligten Preis von € 65,- (für Arbeitslose/Studenten).  
Ich möchte Buchprämie ☐ Russland ☐ Streik ☐ Luxemburg
- ☐ Ich bestelle ein Sozialismus-Probeabo ab Heft \_\_\_\_\_ (3 Hefte zum Preis von € 20,-/Ausland € 25,-).
- ☐ Bitte schicken Sie mir ein kostenloses Probeexemplar.

Name, Vorname

Straße

Plz, Ort

Datum, Unterschrift

Mir ist bekannt, dass ich diese Bestellung innerhalb einer Woche bei der Redaktion Sozialismus, St. Georgs Kirchhof 6, 20099 Hamburg, widerrufen kann. Zur Fristwahrung genügt die rechtzeitige Absendung des Widerrufs.

Datum, 2. Unterschrift

Bitte als  
Postkarte  
freimachen

Antwort

Redaktion Sozialismus  
Postfach 10 61 27  
20042 Hamburg

## Abo-Prämie

Eines dieser Bücher aus dem VSA: Verlag erhalten Sie, wenn Sie Sozialismus abonnieren oder uns eine/n neuen AbonnentIn nennen (nicht für Probeabo). Bitte auf der Bestellkarte ankreuzen!

Mehr zum Verlagsprogramm:  
[www.vsa-verlag.de](http://www.vsa-verlag.de)

